



Innovationen steuern

Steuerabzüge für Forschung als Ausweg aus dem Steuerstreit

Lange Zeit war die Wirtschaft aus ordnungspolitischen Gründen gegen Steuerprivilegien für die Forschung. Unter dem Druck der EU werden nun aber international anerkannte Systeme gesucht, dank denen der Standort Schweiz attraktiv sein kann, auch wenn die kantonalen Steuerprivilegien dereinst wegfallen sollten.

Standortförderung

Aus Kosten- und Marktgründen verlagern hiesige Unternehmen Forschungs- und Entwicklungs-Aktivitäten ins Ausland, sagten Vertreter des Beratungsunternehmens KPMG gestern vor den Medien.

2008 betrug die für die Innovationskraft und das Wachstum bedeutenden F&E-Aktivitäten von Schweizer Unternehmen im Ausland 15,8 Mrd. Fr., jene in der Schweiz aber nur 12 Mrd. Fr. Bei der Standortwahl spielen nun eine zunehmende Rolle, dass verschiedene Länder (insbesondere Frankreich) in Bezug auf die steuerliche Förderung von F&E aggressiv vorgingen.

Gemäss einer (nicht repräsentativen) Umfrage der Swiss-American Chamber of Commerce bei Grossunternehmen erwarten rund 60% der befragten Unternehmen, ihre F&E-Tätigkeit in der Schweiz in den nächsten fünf bis zehn Jahren zu reduzieren. Martin Naville, der Leiter der Handelskammer, zeigte sich besorgt, dass die Schweiz ihren Spitzenplatz punkto Innovationsfähigkeit verlieren könnte.

1 Mrd. Fr. Ausfall

KPMG-Steuerexperte Andreas Müller sprach von einer drohenden Abwanderung ins Ausland. Für Jörg Walker, KPMG-Geschäftsleitungsmitglied, geht es darum, mit steuerlichen Anreizen eine Lücke zu schliessen. Gemäss einer Studie des HSG-

Professors Christian Keuschnigg sind Steuererleichterungen ein wirksames Instrument, um Innovationskraft zu fördern.

Walker bezifferte den zu erwartenden Steuerausfall auf rund 1 Mrd. Fr. jährlich, sollten seine Vorschläge umgesetzt werden (vgl. Kasten). Wachstumseffekte würden diesen Verlust über die Zeit auffangen; zudem wären die Ausfälle geringer als bei einer generellen Senkung der Unternehmenssteuer. Eine Motion (von Nationalrat Thomas Hurter) zur steuerlichen Privilegierung von F&E-Ausgaben ist im Parlament hängig. **MH**

Britisches Modell

Die Vorschläge der KPMG zur **Förderung von Forschung und Entwicklung** ähneln dem, was Grossbritannien gegenwärtig kennt. So soll in der Schweiz eine **steuerliche Abzugsfähigkeit der gesamten laufenden F&E-Ausgaben zu einem Satz von 130%** gelten (ohne Obergrenze). Das heisst, Unternehmen könnten mehr Kosten abziehen, als sie effektiv tätigen.

Um kleinere Unternehmen mit erschwertem Zugang zu Forschungsmitteln zu bevorzugen, soll ein erhöhter Abzugsatz von 170% für F&E-Ausgaben bis 10 Mio. Fr. zur Anwendung kommen. Zudem soll ein **zeitlich unlimitierter verzinsten Steuervortrag** für Steuererleichterungen, die infolge zu geringer Steuerbasis in ihrem Entstehungsjahr nicht voll genutzt werden können, eingeführt werden. Empfohlen wird ebenso eine **Barauszahlung ungenutzter Steuererleichterungen** in sehr kleinen Unternehmen und Start-ups.

Die Kantone sollen bei der Festlegung des Abzugssatzes flexibel sein können. **MH**